

Antrag der Fraktion der FDP**Unterstützung für Menschen mit Demenz und ihre An- und Zugehörigen im Land Bremen weiterentwickeln sowie Strukturen grundlegend verbessern**

„Die Welt steht Kopf“, so lautete das Motto des diesjährigen Welt-Alzheimer-tages, der am 21. September 2023 stattgefunden hat. Das Motto beschreibt treffend die Situation für die Erkrankten, aber auch für ihre An- und Zugehörigen, denn mit der Diagnose Demenz ist nichts mehr so, wie es einmal war. Sowohl Alltagsroutinen als auch das Miteinander und die Wahrnehmung der Umwelt verändern sich und sorgen für Verunsicherungen.

Laut der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e. V. leben in Deutschland aktuell etwa 1,8 Millionen Menschen mit einer Demenzerkrankung, von denen etwa zwei Drittel in der häuslichen Umgebung von Angehörigen gepflegt werden. Sofern es keinen Durchbruch in Prävention und Therapie geben wird, wird erwartet, dass die Zahl der Demenzerkrankten bis 2050 auf 2,4 bis 2,8 Millionen steigen werde.

Damit ist Demenz eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen – auch für das Land Bremen. Laut hkk Demenzreport aus dem Jahr 2020 hat Bremen mit 4,40 Prozent im Vergleich zu anderen Bundesländern wie Niedersachsen mit 3,28 Prozent oder Hamburg 2,70 Prozent prozentual den höchsten Anteil an Menschen mit einer Demenzerkrankung unter den Versicherten.

Die Bremer Demenz Informations- und Koordinierungsstelle e. V. (DIKS) verzeichnete in ihrem Jahresbericht 2022 eine steigende Zahl von Beratungsanfragen, der sie allerdings wegen der begrenzten personellen Ausstattung weder quantitativ noch qualitativ gerecht werden konnte.

Auch die Antwort des Senats auf die Große Anfrage, ob von Demenz betroffene Menschen und ihre pflegenden An- und Zugehörigen im Land Bremen ausreichend unterstützt werden (Drucksache 21/59), hat gezeigt, dass die bisherigen Maßnahmen nicht zur Weiterentwicklung der demenzspezifischen Unterstützungs- und Entlastungsangebote ausreichen

und die Handlungsempfehlungen aus der nationalen Demenzstrategie im Land Bremen bislang nur unzureichend umgesetzt wurden.

Erklärtes Ziel muss es sein, sich nicht nur für eine demenzfreundliche Gesellschaft einzusetzen, sondern vielmehr die dringend benötigten Angebote für Hilfesuchende bereitzustellen. Dazu gehört, die Rahmenbedingungen für die Pflege demenzkranker Menschen durch den Aufbau lokaler Beratungs- und Netzwerkstrukturen sowie die Förderung und Koordination der Hilfsangebote zu verbessern.

Andere Bundesländer, wie beispielsweise das Saarland, sind da deutlich weiter und haben bereits vor einigen Jahren mit der Aufstellung eines Demenzplans und dessen Umsetzung unter Federführung einer Landesfachstelle Demenz den Weg zum demenzsensiblen Bundesland beschritten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die durch Demenzerkrankungen entstehenden Herausforderungen und die Notwendigkeit qualifizierter und zugleich ausreichender Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Demenz sowie für ihre An- und Zugehörigen anzuerkennen.
2. für eine verlässliche Datenbasis zu sorgen, auf deren Grundlage Erkenntnisse über die Anzahl der Demenzerkrankungen im Land Bremen und ihre zukünftige Entwicklung möglich sind.
3. auf den Aus- beziehungsweise Aufbau einer wohnortnahen Demenzberatungsstruktur hinzuwirken, die Strukturen zur gesellschaftlichen Teilhabe von Demenzerkrankten auszubauen sowie die medizinische und pflegerische Versorgung von Menschen mit Demenz und die exzellente Demenzforschung weiterzuentwickeln.
4. die Handlungsempfehlung aus der nationalen Demenzstrategie auf Einrichtung einer Landesfachstelle Demenz zur landesweiten Netzwerkbildung und Kooperation umzusetzen.
5. der staatlichen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz über die Umsetzung zu den Ziffern 2, 3 und 4 spätestens im zweiten Quartal 2024 zu berichten.

Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP